



Interviews

Datum: 05. November 2023

Frank Capellan im Gespräch mit Manuela Schwesig, Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.

Capellan: Das Interview der Woche heute mit Frank Capellan im Studio in Berlin. Und in Schwerin bin ich mit Manuela Schwesig verbunden, Sozialdemokratin und Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern, herzlich willkommen im Deutschlandfunk.

Schwesig: Hallo, Herr Capellan.

Capellan: Frau Schwesig, Sie sind seit dem 01. November für ein Jahr neue Präsidentin des Bundesrates. Zum Auftakt haben Sie am vergangenen Mittwoch ein jüdisches Krankenhaus in Berlin besucht. Ein Signal sicherlich, gegen den Antisemitismus in Deutschland vorzugehen. Was wollen, was können Sie da tun?

Schwesig: Es war mir sehr wichtig, gleich am ersten Tag meiner Bundesratspräsidentschaft gemeinsam mit Kai Wegner, dem Regierenden Bürgermeister in Berlin, ein Zeichen zu setzen. Und wir waren zusammen im jüdischen Krankenhaus und haben dort vor allem mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auch gesprochen, wie es ihnen gerade geht in der ganzen Situation, Bedrohung von Jüdinnen und Juden und auch von Einrichtungen in ganz Deutschland. Und dieser Besuch hat mich persönlich sehr berührt, denn dort arbeiten 50 verschiedene Nationen und der Chefarzt ist sogar jemand, der in Gaza geboren ist. Und die alle halten wahnsinnig zusammen und eigentlich sind sie so ein leuchtendes Beispiel, wie es zusammen gehen kann. Und gleichzeitig muss aber eben auch dieses Krankenhaus draußen mit Polizeipräsenz abgesichert werden. Und das macht mich schon traurig. Wir haben immer gesagt: Nie wieder. Jüdinnen und Juden müssen in Deutschland ohne Angst leben können.

Capellan: Nun muss man dennoch sagen, 80 Prozent der antisemitischen Vorfälle in Deutschland gehen nach wie vor auf das Konto von Rechtsextremen. Das ist ja ein Problem, das Sie auch in Ihrem Bundesland kennen. Können Sie verstehen, wenn sich Muslime in Deutschland nun unter Generalverdacht gestellt fühlen, wenn sie den Eindruck haben, nicht mehr für palästinensische Interessen auf die Straße gehen zu dürfen?

Schwesig: Niemand sagt, dass die Muslime nicht für palästinensische Rechte auf die Straße gehen dürfen. Aber was wir in den letzten Wochen erlebt haben, ist, dass der brutale Terrorangriff der Hamas auf die Zivilbevölkerung, ein Abschlachten von Kindern und Babys, wie es mein menschliches Vorstellungsvermögen, ehrlich gesagt, übersteigt, so viel Brutalität, dass so was gefeiert wurde. Und ich kann nur sagen, wir haben hier gerade in Deutschland eine ganz besondere Verantwortung und das muss auch jede und jeder verstehen. Wir haben eine historische Verantwortung und in der sehe ich mich auch als Bürgerin, als Politikerin. Und wir haben im Bundesrat, alle 16 Länder, einen ganz klaren Beschluss gefasst, dass wir solidarisch an der Seite von Israel stehen. Es ist egal, von wem der Antisemitismus kommt, es ist einfach total klar zu verurteilen. Und ich finde, dass muslimische Verbände am besten sich dieser Verurteilung anschließen, damit können sie am besten diesem Generalverdacht entgegentreten.

Capellan: Sie müssen trotzdem einen Spagat als Politikerin hinbekommen. Auf der einen Seite verpflichtet sich Deutschland zur Solidarität mit Israel. Die Wahrung des Existenzrechtes Israels gilt als Staatsräson. Andererseits sterben ja auch Tausende unschuldiger Menschen, Zivilisten, Kinder im Gazastreifen, durch israelische Luftangriffe. Würden Sie sagen, das ist noch verhältnismäßig? Ist das noch mit dem Völkerrecht vereinbar?

Schwesig: Das Existenzrecht von Israel und die Solidarität zu Israel darf grundsätzlich nicht infrage gestellt werden. Und wir müssen immer wieder sagen: Woher kommt das jetzt, dass Israel sich wehrt? Das ist der brutale Angriff der Hamas. Und die Hamas nutzt die eigene Bevölkerung, die Zivilbevölkerung in Gaza, als Schutzschild, aber wir kommen ja vom Thema Antisemitismus, dass jetzt der Antisemitismus mit so einem „Ja, aber“ teilweise in Deutschland begründet wird, „Ja, aber Israel ist ja auch schuld“...

Capellan: ... ich denke, es geht nicht nur um das „Ja, aber“. Es geht ja auch darum, ob Deutschland in der Lage ist, auch Israel zu kritisieren, auch sagen zu können, dass solche Angriffe nicht mehr mit dem Völkerrecht gedeckt sind. Deswegen noch mal die Frage: Glauben Sie, dass alles, was da jetzt geschieht von israelischer Seite, es gibt ja auch Einwände der Amerikaner mittlerweile, glauben Sie, dass das noch auf der Basis des Völkerrechts geschieht?

Schwesig: Es ist genauso, wie Sie es eben gesagt haben, dass ja auch der amerikanische Präsident, aber auch der deutsche Kanzler, darauf hingewiesen haben, dass der Schutz der Zivilbevölkerung wichtig ist. Aber ich will es noch mal sagen, es ist eben auch die Hamas, die die Zivilbevölkerung als Schutzschild nutzt. Es gibt gute Gründe, warum Deutschland insgesamt mit Kritik an Israel zurückhaltend ist. Und ich

habe den Eindruck in der ganzen Diskussion, dass man eben diesen ersten Teil, dass die Hamas brutal Menschen abgeschlachtet hat, dass das in der Diskussion immer mehr vergessen wird.

Capellan: Sie wollen, um noch mal auf das Thema Antisemitismus in Deutschland zu sprechen zu kommen, Sie wollen im Staatsbürgerschaftsrecht verankern, dass antisemitische Menschen keinen deutschen Pass bekommen. Ähnliches hatte auch CDU-Chef Friedrich Merz gefordert. Wie genau stellen Sie sich das konkret vor? Wie kann man das machen?

Schwesig: Wir sollten bei Einbürgerung darauf achten, dass ganz klar diejenigen, die deutsche Staatsbürger werden wollen, sich zum Existenzrecht von Israel bekennen, auch zum Schutz von Jüdinnen und Juden. Und es geht ja nicht nur um Schutz, sondern, dass sie eben auch frei leben und Teil unserer Gesellschaft sind. Und das noch mal zu konkretisieren bei der Einbürgerung, dafür wäre ich. Denn wir müssen gerade in dieser Zeit, ich wiederhole mich, 'Nie wieder!' ist jetzt, noch mal klare Maßstäbe setzen.

Capellan: Friedrich Merz, der CDU-Vorsitzende, Oppositionsführer, der sich ja auch mit dem Kanzler getroffen hat gerade wieder, um eine Einigung beim strittigen Migrationsthema zu bekommen, der zitierte den verstorbenen Modeschöpfer Karl Lagerfeld, der nach der großen Einwanderungswelle von 2015 erklärt hatte: „Wir können nicht Millionen Juden töten und Millionen ihrer schlimmsten Feinde ins Land holen.“ Man hätte ihn besser mal verstehen sollen, meinte Merz dazu. Hat Friedrich Merz recht?

Schwesig: Ich finde solche Zuspitzungen helfen nicht in so einer Debatte. Ich würde das gerne versachlichen. Man kann nicht sagen, dass jetzt jeder, der zu uns gekommen ist, ein Antisemit ist. Das ist genauso übertrieben wie so zu tun, als ob es das nicht gibt. Sondern jetzt zu sagen, wir müssen diese Frage noch mal konkretisieren. Offensichtlich denken manche, dass sie auf unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen, wenn sie den Teil mit Antisemitismus nicht beachten. Und das geht doch nicht. Also, ich wäre sehr dafür, dass wir alle Gesetze darauf überprüfen, dass wir Antisemitismus in Deutschland nicht zulassen. Dazu gehört das Strafrecht, das Einbürgerungsrecht und die zweite Seite der Medaille ist natürlich auch die politische Bildung. Wir müssen uns nichts vormachen. Die Propaganda gegen Israel, die beginnt ja zum Teil in ganz früher Kindheit, ganz früher Jugend. Und deswegen ist das ein wichtiger Punkt im Bereich der Bildung. Und ich sehe es sehr kritisch, dass beabsichtigt wird, zum Beispiel der Bundeszentrale für politische Bildung die Mittel zu kürzen. Wir sollten jetzt mehr auf Bildung setzen.

Capellan: Da haben Sie auch als Bundesfamilienministerin drauf gedrängt, Demokratieförderprogramme zu finanzieren. Die stehen jetzt vielfach vor dem Aus, vor Finanzierungsproblemen. Sie haben die Bundeszentrale für politische Bildung angesprochen. Also, waren die nicht effektiv genug? Oder warum streicht man jetzt da das Geld?

Schwesig: Weil der Bund aus Haushaltsgründen, aus Finanzproblemen, mit dem Rotstift überall rangeht. Das möchte ich stark infrage stellen. Man muss schon gucken, wo man kürzen kann. Wenn gerade bei der notwendigen politischen Bildung, beim Kampf gegen Antisemitismus, auch in den Köpfen, gekürzt wird, dann bekommen wir das zwei- und dreimal teuer zurück. Ich fordere hier an dieser Stelle nicht alleine Geld vom Bund, sondern auch wir als Land beteiligen uns natürlich daran. Das will ich dazu sagen. Nicht, dass es einseitig aussieht, man fordert immer nur vom Bund, aber wir müssen zusammen mehr machen.

Capellan: Das Interview der Woche im Deutschlandfunk heute mit Manuela Schwesig, Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern. Frau Schwesig, der Krieg in Israel wirft ja ein Schlaglicht auf viele Probleme, die Zuwanderung ohnehin schon seit vielen Jahren in Deutschland mit sich bringt. Bund und Länder wollen sich am Montag auf Maßnahmen zur Begrenzung dieser Zuwanderung verständigen. Seit wann ist auch für die Sozialdemokraten klar, dass es eine solche Begrenzung geben muss?

Schwesig: Die SPD steht ganz klar für eine humanitäre Flüchtlingspolitik. Das individuelle Asylrecht ist für uns ein hohes Gut. Wir müssen aber auch auf die realistische Lage vor Ort schauen. Und das heißt eben auch, dass das, was wir humanitär und rechtlich wollen, auch vor Ort funktioniert. Und da ist die Lage so, dass Kommunen, Städte und Gemeinden längst die Grenze erreicht haben bei der Unterbringung, aber auch beim Thema Plätze für Kita und Schulen, und dass auch die Akzeptanz bei Bürgerinnen und Bürgern schwindet, wenn sie den Eindruck haben, dass wir nicht in der Lage sind, das Recht gut umzusetzen. Und das Recht bedeutet ja, dass die, die ein Recht haben zu kommen, natürlich aufgenommen werden, aber dass die, die kein Recht haben, eben auch nicht kommen können oder eben auch wieder gehen müssen. Und deswegen ist auch ein Punkt, die irreguläre Migration zurückzudrängen und ein weiterer wichtiger Punkt, dass wir die Kommunen eben auch mit den Aufgaben vor Ort nicht alleine lassen.

Capellan: Darüber möchte ich vor allem jetzt mit Ihnen sprechen. Es geht ja ums Geld. Die Länder fordern mehr Beteiligung bei der Versorgung von Flüchtlingen. Statt einer Pauschale sollen 5.000 Euro pro Flüchtling und Jahr gezahlt werden. Und da

sagen viele – Ihr Parteifreund Stephan Weil aus Niedersachsen etwa – das ist zu wenig. Er verlangt das Doppelte. Also, am Montag wird gefeilscht?

Schwesig: Alle 16 Bundesländer haben über alle Ländergrenzen hinweg und alle politischen Farben – wir haben da ja von den Linken bis zur CSU alles im MP-Kreis, außer natürlich AfD – haben Vorschläge gemacht, wie man ganz konkret mit dem Migrationsthema praktisch umgeht. Und das sollte die Basis sein. Und ein Punkt davon sind die Finanzen. Und ich kann nur sagen, es ist eigentlich ganz einfach. Bund und Länder sollten sich zur Hälfte die Kosten für die Unterkunft vor Ort teilen, denn wir können es den Kommunen nicht zumuten, dass sie am Punkt stehen und entscheiden müssen, gebe ich jetzt das Geld für die Flüchtlingsunterkunft oder den Sportplatz aus. Da entsteht sozialer Unfrieden und davon kann ich nur abraten.

Capellan: Aber ist es nicht festgelegt, auch im Grundgesetz, dass für die Versorgung der Flüchtlinge nun mal die Länder zuständig sind?

Schwesig: Das ist so festgelegt, aber das ist in Zeiten festgelegt worden, wo wir nicht diese großen Fluchtbewegungen hatten. Und wir haben jetzt ganz andere Situationen. Wir haben auch einen hohen Anspruch in Deutschland, was das Thema Unterbringung und auch Integration angeht. Und die Integrationskosten werden ja komplett von Ländern und auch zum Teil von Kommunen getragen. Was wir brauchen, ist einmal eine finanzielle Unterstützung für die Kommunen. Was wir aber auch brauchen, sind schnellere Sprachkurse, schnellere Integrationskurse. Wir sind mit allem viel zu langsam. Das geht nicht und das findet auch vielfach keine Akzeptanz bei den gut meinenden Bürgern, dass monatelang die Menschen in ihren Unterkünften sitzen und weder einer Beschäftigung nachgehen noch teilweise Sprachkurse haben, weil das Angebot zu gering ist.

Capellan: Man hat ja die Arbeitsverbote gerade seitens der Bundesregierung gelockert. Flüchtlinge dürfen ab dem sechsten Monat, den sie in Deutschland sind, arbeiten. Hätten Sie sich noch mehr gewünscht? Sie haben ja große Engpässe, auch beispielsweise in der Gastronomie in Mecklenburg-Vorpommern. Könnte man da noch früher einsteigen?

Schwesig: Unsere Kommunen und auch wir als Land schlagen schon seit langem vor, dass das Arbeiten so früh wie möglich ermöglicht werden soll. Das ist gut für die Menschen, die herkommen und das ist aber auch gut für die Akzeptanz. Dazu gehört aber auch Sprache. Und hier haben wir ein riesiges Problem. Wir haben viel zu wenig Sprachkurse. Ob man wirklich für jeden Sprachkurs einen ausgebildeten, anerkannten Deutschlehrer braucht, oder ob wir da nicht auch ein bisschen pragmatischer werden können, Bürokratie abbauen können, dass es wirklich Hand in Hand

geht, Sprache, Arbeit, Beschäftigung, auch gemeinnützige Arbeit für die Integration, für die Akzeptanz, da müssen wir in Deutschland pragmatischer werden.

Capellan: Wenn wir noch mal beim Geld, bei den Kosten bleiben, ich sagte es eingangs, statt einer Pauschale soll es eine Pro-Kopf-Zahlung pro Flüchtling geben, 10.000 Euro pro Flüchtling. Das ist die Hausnummer, mit der Sie in die Gespräche am Montag gehen?

Schwesig: 10.500 Euro Pauschale pro Asylbewerber. Das wäre ein dynamisches System. Das heißt, wenn mehr kommen, gibt es auch mehr Geld, und wenn weniger da sind, weniger. Das wäre wichtig, um die Kosten vor Ort zu stemmen. Ich will ein Beispiel machen. Der Bund beteiligt sich an den Unterbringungskosten in Mecklenburg-Vorpommern bisher mit 25 Prozent. Und der Bund beabsichtigt ja, seine Gelder sogar zu verringern, was wirklich gar nicht geht. Und dann wäre er bei 5 Prozent. Und das steht ja in keinem Verhältnis. Und da hat auch der Bund, der ja vor allem die rechtlichen Rahmenbedingungen macht für das Asylrecht, auch eine Verantwortung.

Capellan: Nun muss man natürlich sagen, dass auch der Bund viele Kosten trägt. Das Bürgergeld etwa für eine Million Ukrainer, die kein Asylverfahren durchlaufen müssen. Das macht fünf Milliarden Euro etwa. Trotzdem sagen Sie, das ist ungerecht verteilt. Andererseits hören wir immer wieder die Klagen von Städten und Gemeinden, die sagen, das Geld, was die Länder bekommen, wird nicht weitergereicht. Wie kann das sein, dass die Landesregierungen ihre eigenen Kommunen im Stich lassen?

Schwesig: Das stimmt für Mecklenburg-Vorpommern nicht. Wir übernehmen 100 Prozent der Unterbringungskosten, auch Wachschutz, Sozialdienst, was bei den Kommunen anfällt. Anders würden wir gar keine Akzeptanz mehr haben. Und ich möchte als Ministerpräsidentin eben nicht, dass eine Bürgermeisterin oder ein Bürgermeister, ein Landrat entscheiden muss: Habe ich das Geld jetzt für den Sportplatz, für die Feuerwehr oder für die Flüchtlingsunterkunft? Und obwohl wir schon 100 Prozent übernehmen, haben wir immer mehr Bürgerentscheide gegen Flüchtlingsunterkünfte. Das ist die Realität und wir dürfen die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger nicht überfordern. Und dazu gehört, am Montag ein geschlossenes Signal von Bundesregierung und Ländern auszusenden, welche Regeln wir bei der Migration aufstellen und wie auch die Finanzierung ist.

Capellan: In der Ampelkoalition ist es ja gerade die FDP, die Zuwanderung über sogenannte Pull-Faktoren begrenzen möchte, die Menschen nach Deutschland ziehen, weil ein Leben hier besonders attraktiv ist. FDP-Justizminister Marco Buschmann und Parteichef Lindner wollen Sozialleistungen für Asylbewerber kürzen. Ist das möglich?

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de

Schwesig: Alle 16 Länder haben Vorschläge gemacht. Dieser Vorschlag ist nicht dabei. Was wir vorschlagen, ist, dass wir eine Bezahlkarte einführen, denn wir wollen sicherstellen, dass die Gelder, die Menschen, die zu uns kommen, bekommen, wirklich für ihre eigene Existenz genutzt werden, und dass nicht Gelder zurücküberwiesen werden in Heimatländer oder vielleicht vor Ort an irgendjemanden abgegeben werden müssen. Deswegen haben wir uns ganz klar auf die Bezahlkarte verständigt. Und das sehen wir auch als wirksames Instrument und was man auch humanitär gut verantworten kann. Und da wäre es gut, wenn wir die Hilfe haben vom Bundesfinanzminister und Bundesdigitalisierungsminister, denn eine solche Bezahlkarte einzuführen, schnell pragmatisch, wirksam – das sagen auch unsere Kommunen – das wäre etwas, was hilft. Das könnten der Bundesfinanzminister und der Bundesdigitalisierungsminister am besten.

Capellan: Und warum haben die Länder so etwas nicht schon vorher angestoßen? Warum ist man nicht auch dazu übergegangen, über Sachleistungen den Flüchtlingen zu helfen? Das war ja bisher schon möglich. Da haben viele gesagt, das sei nicht praktikabel. Jetzt geht es doch?

Schwesig: In Mecklenburg-Vorpommern ist es üblich, dass in den Erstaufnahmeeinrichtungen vor allem auf Sachleistung gesetzt wird. Wenn dann die Menschen weitergehen in die Kommunen, entscheiden die Kommunen das selber. Wir überlassen so viel wie möglich den Kommunen. Aber das Prinzip Sachleistung wird bei uns umgesetzt. Und wie gesagt, von den Kommunen kommt konkret auch der Vorschlag der Bezahlkarte. Das wäre etwas, was wirklich auch pragmatisch gut ist. Und wenn der Bund das mit uns angeht, dann wären wir schon einen praktischen, sichtbaren Schritt weiter.

Capellan: Warum sagen Sie, man kann bei Sozialleistungen nicht kürzen? Also, Fakt ist sicherlich, darauf verweisen die Liberalen immer, selbst wenn die Leistungen für Asylbewerber niedriger als beim Bürgergeld sind, dann sind sie immer noch höher als in anderen EU-Staaten. Also, Deutschland ist zu attraktiv für Flüchtlinge.

Schwesig: Deshalb haben die Ministerpräsidenten auch gesagt, dass es wichtig wäre, solche Leistungen EU-weit anzugleichen. Wir selber haben die Erfahrung mit unserem eigenen Bundesverfassungsgericht, dass wir eben auch harte Vorgaben haben. Deshalb haben wir den Vorschlag gemacht als MPs, dass solche Leistungen EU-weit angeglichen werden sollten.

Capellan: Lassen Sie uns noch schauen auf eine Begrenzung der Zuwanderung, die etwa von Ihrem bayrischen Kollegen Markus Söder vorgeschlagen wurde. Eine Flüchtlingsobergrenze hat er ins Spiel gebracht von 200 000 Menschen. Von einer

Integrationsgrenze hat er gesprochen. Eine ähnliche Grenze stand einmal im Koalitionsvertrag 2018 von SPD und Union. Warum soll das nicht mehr möglich sein, eine solche Zahl festzulegen?

Schwesig: Ich habe die Kollegen der CDU gefragt, wie sie sich das praktisch in der Umsetzung vorstellen, denn ich finde immer, bei jedem Vorschlag, den man macht, muss man auch wissen: Wie geht das praktisch? Da gab es keinen konkreten Vorschlag. Und einige MP-Kollegen haben auch gesagt, der CDU, dass sie diesen Vorschlag nicht weiterverfolgen. Dass man eine praktische, eine ganz praktische Grenze hat, das ist vor Ort klar. Was ich wichtiger finden würde, ist, mit dem Bund, den Ländern und den Kommunen einen Deutschlandpakt zu machen für die Frage der Infrastruktur. Mit wie vielen Menschen rechnen wir in den nächsten Jahren und was brauchen wir eigentlich an Wohnungen, an Kitas und Schulen? Wir müssen wirklich uns einen Plan machen, wie wir unsere Infrastruktur in den nächsten Jahren ausbauen, denn da darf es doch keine Konkurrenz geben, weder beim Wohnraum noch bei der Kita oder Schule.

Capellan: Ich möchte nur noch einen Punkt ansprechen. Ein weiterer Vorschlag liegt auf dem Tisch von Hendrik Wüst, ihrem CDU-Kollegen in Nordrhein-Westfalen, Asylverfahren in Afrika durchführen zu wollen, um den Weg übers Mittelmeer, das Sterben und die Schleuserkriminalität zu stoppen. Eine alte Idee. Otto Schily als SPD-Innenminister hat das 2004 erstmals angeregt. Was soll daran falsch sein?

Schwesig: Ich rate allen Kollegen, dass wir jetzt das, was wir 16 MPs stundenlang hoch und runter diskutiert und überlegt haben, zum Thema Migration, zum Thema Finanzen, dass wir das als Basis nehmen, am Montag uns mit dem Bund zu verständigen und dann die Dinge auch zügig umzusetzen. Und immer wieder neue Vorschläge – mal unabhängig von der Bewertung – verlängern die Diskussion, ohne dass wir konkrete Ergebnisse haben. Und was, glaube ich, überhaupt niemand mehr vor Ort versteht, ist, dass sich 16 MPs und der Kanzler immer wieder treffen. Immer wieder wird über Migration gesprochen. Immer wieder wird über Geld gestritten. Das hilft nicht für die Akzeptanz, sondern wir brauchen am Montag konkrete Ergebnisse.

Capellan: Hat das auch zum Vormarsch der AfD geführt? Es fällt ja auf, dass der Kanzler, dass Olaf Scholz einen schärferen Ton anschlägt. Sein Interviewsatz „Wir müssen endlich mehr abschieben“, war ja sicherlich ein Signal. Der sogenannte mit der Union angestrebte Deutschlandpakt, Sie haben ihn gerade angesprochen, gilt ja als Reaktion auch auf das Erstarren der AfD. Der letzte Flüchtlingsgipfel war im Mai. Hat das Kanzleramt, hat die SPD die Spaltungskraft der Migrationspolitik zu lange unterschätzt?

Schwesig: Ich glaube nicht, dass in unseren Reihen jemand etwas unterschätzt hat, weil wir wissen wie herausfordernd dieses Thema ist. Aber ich glaube, dass es für die SPD wichtig ist und für alle Demokraten und deswegen auch ein gemeinsames Handeln der MPs mit der Bundesregierung, dass wir beim Thema Migration ganz klar handeln, dass wir unseren humanitären Pfad in der Flüchtlingspolitik nicht verlassen. Das ist ja das, was die AfD will. Aber dass wir es auch so organisieren, dass es praktisch funktioniert, dass wir das Recht umsetzen, und dass wir es auch gut finanziert kriegen. Und parallel dazu müssen wir uns aber auch um die Themen kümmern, die die Bürgerinnen und Bürger ganz stark bewegen. Das ist das Thema Energiepreise. Das ist das Thema „Wie geht es weiter in der Infrastruktur vor Ort, mit Wohnraum, mit Kitas und Schulen?“ Wenn wir 45 Milliarden Sanierungsstau an Schulen haben, dann wäre es ein Kraftakt und ein gutes Zeichen, wenn zum Beispiel Bund und Länder sagen, wir machen ein Sondervermögen mit diesen 45 Milliarden und wir sanieren jetzt einmal durch. Wenn wir jeden Tag nur über Migration reden, dann ist das das Hauptthema. Dabei gibt es noch so viele andere wichtige Themen.

Capellan: Die AfD profitiert ja sicherlich von einer zerstrittenen Ampel. Die Energiepolitik haben Sie angesprochen. Stichwort Heizungsgesetz. Sie in Mecklenburg-Vorpommern haben sich vehement gegen das LNG-Terminal in Mukran auf Rügen gewehrt. Warum fallen Sie da Robert Habeck, dem Grünen-Wirtschaftsminister ja gewissermaßen in den Rücken?

Schwesig: Wir fallen niemandem in den Rücken. Im Gegenteil, wir helfen Deutschland. Es ist Mecklenburg-Vorpommern, was als Bundesland schon doppelt so viel Strom aus Erneuerbaren Energien produziert, als wir selber verbrauchen. Wir exportieren längst. Und was bekommen wir? Die höchsten Strompreise. Das hilft nicht für die Akzeptanz, sondern das stärkt die AfD. Wir haben das Öl-Embargo gegen Russland umgesetzt, indem wir von Rostock nach Schwedt Öl pumpen. Auch da helfen wir. Und wir haben gesagt, ein weiteres Terminal geht nur, wenn es Akzeptanz für Tourismus und Bevölkerung hat. Und das hat der Standort Mukran nicht. Deswegen haben wir davon abgeraten, haben auch im Bundesrat dagegen gestimmt. Jetzt haben die Bundesregierung und die anderen Bundesländer anders entschieden. Wir sind im rechtsstaatlichen Genehmigungsverfahren und das müssen jetzt die Fachbehörden entscheiden.

Capellan: Frau Schwesig, woher kommt dieser Widerstand gegen dieses Terminal, LNG-Terminal? Als vor drei Jahren der Bau der Gas-Pipeline Nord Stream 2 von den Amerikanern sanktioniert werden sollte, da wehrte sich der Bürgermeister von Sassnitz, ganz in der Nähe, ganz massiv dagegen. Und selbst nach dem Überfall Putins auf die Ukraine hat er eine Inbetriebnahme der Pipeline noch gefordert. Also, der

Gasimport aus Russland war ja bei ihnen kein Thema. Warum ist er es jetzt, aufgrund einer Notlage durch die Aggression Putins, plötzlich doch?

Schwesig: Aus diesen Gründen. Ich glaube, dass Bürgerinnen und Bürger in MV sagen, wir haben die ganzen Jahre im Grunde bundestreu das Gas geliefert, viele andere haben damit sehr, sehr viel Geld verdient, aber jetzt ist mit dem Finger auf MV gezeigt worden und jetzt kann man ja sehen, dass wir das nie gemacht haben für Putin, sondern für billige Energiepreise, für Wirtschaft und Bürger, und dass das LNG-Gas viel schwerer ist anzulanden. Es ist sichtbar, es ist umweltschädlicher und es ist teurer. Das ist natürlich nichts, womit sie die Bürgerinnen und Bürger überzeugen. Und wir haben vorgeschlagen, ein LNG-Terminal weit draußen auf der Ostsee zu machen, wo es mehr Akzeptanz hat. Jetzt geht es um einen anderen Punkt direkt an einem Hafen, wo es eine wichtige Tourismusregion gibt wie zum Beispiel Binz. Und dass ein solches Projekt stärker umstritten ist als eine Leitung, die ehrlich gesagt niemand sieht, glaube ich, leuchtet jedem ein.

Capellan: Frau Schwesig, ich muss Sie zum Schluss doch noch mal ansprechen auf Nord Stream 2. Wir haben über die Pipeline gesprochen gerade. Über eine vermeintliche Klimaschutzstiftung haben Sie versucht, diese Sanktionen gegen die Pipeline zu umgehen. Ihnen wird vorgeworfen, sich als Landesregierung zum Handlanger Putins gemacht zu haben. Der Vorwurf steht im Raum, Sie hätten sich von Moskau kaufen lassen. Welche Fehler räumen Sie im Rückblick ein?

Schwesig: Diese Vorwürfe weise ich zurück. Das stimmt nicht. Wir haben ganz klar unsere Konsequenzen gezogen. Mit dem brutalen Angriffskrieg auf Russland ist es klar, dass auch unsere Partnerregion Leningrader Gebiet kein Partner mehr sein kann und das ist auch so.

Capellan: SPD-Chef Lars Klingbeil sagt, er wolle dafür sorgen, dass Fehleinschätzungen vieler Sozialdemokraten – und Sie haben sich ja offenbar auch in Putin sehr getäuscht – Fehleinschätzungen in der Russlandpolitik, aufgearbeitet werden müssen. Das betrifft auch Sie. Würden Sie lieber einen Strich drunter ziehen?

Schwesig: Wir beteiligen uns an dieser Aufarbeitung ganz transparent und damit haben wir auch überhaupt gar kein Problem und haben uns auch schon dazu geäußert. Aber dass das dann instrumentalisiert wird für noch härtere Vorwürfe, das weise ich dann zurück.

Capellan: Es gibt auch den Vorwurf, die Forderung, Sie müssten zurücktreten als Ministerpräsidentin. Da haben Sie nie drüber nachgedacht?

Schwesig: Nein. 2021 war die Unterstützung für Nord Stream 2 und auch die Gründung der Stiftung, so, wie ja auch die Umweltverbände in Mecklenburg-Vorpommern

mit Nord-Stream-Geld eine Stiftung gegründet haben, bekannt. Es wurde auch diskutiert. Und die Bürgerinnen und Bürger konnten in der Landtagswahl ganz klar entscheiden. Und sie haben eben auch diesen Kurs unterstützt. Ich bin mit einem sehr beeindruckenden Ergebnis gewählt worden und fühle mich auch in der Verantwortung, diesem Ergebnis gerecht zu werden. Dass mit dem brutalen Angriffskrieg von Russland auf die Ukraine wir klare Konsequenzen gezogen haben, das ist auch klar.

Capellan: Manuela Schwesig, die Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern im Gespräch mit dem Deutschlandfunk, ich danke herzlich.

Schwesig: Vielen Dank.